

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/7083 —**

**Militarisierung auf der Halbinsel Bondoc/Philippinen –
Auswirkungen auf das bundesdeutsche integrierte Entwicklungsvorhaben**

Im Rahmen der Berichterstattung über den Notenwechsel zwischen der philippinischen und bundesdeutschen Regierung über das integrierte Entwicklungsvorhaben Bondoc im Januar 1990 in Manila wird in der philippinischen Presse der Sprecher des philippinischen Außenministeriums, Jorge Lloredo, zitiert: Das Projekt sei zur Armutsbekämpfung bestimmt. Es schließe den Bau einer 45 km langen Nationalstraße und 60 km Dorfstraßen mit ein. Die Laufzeit betrage dreieinhalb Jahre und die Gesamtfinanzierung belaue sich auf 313 Millionen Peso (ca. 29 Millionen DM). (Daily Globe vom 30. Januar 1990).

1. Stimmt die Bundesregierung mit der zitierten Sichtweise überein, und falls nicht, welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, den Sachverhalt in den Philippinen klarzustellen?

Die Presseerklärung des philippinischen Außenministeriums beruht auf einem Versehen. Das philippinische Außenministerium hat dies auf Anfrage der deutschen Botschaft am 30. Januar 1990 eingeräumt und bedauert.

Tatsache ist, daß die für die Finanzierung von Straßenbaumaßnahmen im Rahmen des „Integrierten ländlichen Entwicklungsvorhabens Bondoc“ aus Mitteln der finanziellen Zusammenarbeit zugesagten 25 Mio. DM bei den philippinisch-deutschen Regierungsverhandlungen vom 23. bis 25. Oktober 1989 für ein Energievorhaben umgewidmet wurden.

2. Wie erklärt sich die Bundesregierung den Widerspruch der Aussage Lloredos zur Entscheidung der Bundesregierung vom Oktober 1988, „zunächst mit dem ländlichen Entwicklungsprogramm zu beginnen und den Ausbau der Nationalstraße auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben?“ [aus: „Angebot zur Projektdurchführung“ der GTZ für das „Bondoc Development Programme“ vom 1. März 1989 an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ)]

Siehe Beantwortung der Frage 1.

3. Welche Vereinbarungen wurden anlässlich des Notenwechsels zwischen philippinischer und bundesdeutscher Regierung über das integrierte Entwicklungsprogramm Bondoc im Januar 1990 in Manila getroffen?

In der sieben Artikel umfassenden Projektvereinbarung (Technische Zusammenarbeit) werden insbesondere die Leistungen der Bundesregierung und der philippinischen Regierung sowie die Aufgaben der entsandten Fachkräfte benannt. Einzelheiten der Durchführung werden in einem Operationsplan festgelegt.

4. Trifft es zu, daß für die Bundesregierung eine Landreform und Friedensregelungen zwischen der philippinischen Regierung und der Nationalen Demokratischen Front (NDF) im Projektgebiet die wesentlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchführung des Projektes sind?

Die Umsetzung der Landreform und der Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessengruppen sind wichtige Voraussetzungen für die Zielerreichung des Projekts und sollen vom Projekt unterstützt werden.

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeitige Realisierung dieser Voraussetzungen im Projektgebiet, und welche Schritte unternimmt die Bundesregierung ihrerseits, die Erfüllung dieser Voraussetzungen voranzutreiben?

Das philippinische Militär führt laut philippinischen Presseberichten in der Provinz Quezon, insbesondere auf der Halbinsel Bondoc, Drei-Tages-Seminare zur „Aufklärung über Wertbildung und Filipino Ideologie“ durch. 1989 wurden mehrere hundert Dorfbewohner zur Teilnahme geladen. Sie erhalten Lektionen über die Gefahren des Kommunismus, sollen an Märschen teilnehmen und gegen die NPA gerichtete Transparente tragen sowie schriftlich erklären, daß sie „Überläufer“ sind. Mehrere Gemeindevorsteher haben sich in Resolutionen gegen diese Praxis der Militärs gewandt. (vgl. z. B. Philippine News and Features vom 3. Dezember 1989).

Anfang Februar 1990 bereiste eine internationale Menschenrechtsdelegation auf Einladung der sozialmedizinischen philippinischen Nichtregierungsorganisation „Medical Action Group“ die Philippinen. In dem von medico international im März 1990 herausgegebenen Untersuchungsbericht der Gruppe, die auch die Halbinsel Bondoc bereiste, heißt es: „Zwei Bewohner von Barrio Recto gaben den folgenden Bericht über Militäraktionen vom Vortag. (...) Am 1. Februar 1990 gegen zehn Uhr umstellten Mitglieder des 42. Infanteriebataillons Kompanie A das Barrio Recto mit schußbereiten Gewehren. Den Berichtenden zufolge sagten die Soldaten, sie suchten nach dem früheren Dorfobmann von Recto, gaben jedoch keine Gründe dafür an. Nach 15 Minuten teilten sie sich in Gruppen auf und verlangten von den Dorfbewohnern Kochgeschirr und die Erlaubnis, in ihren Häusern kochen zu dürfen. (...)

Gegen vier Uhr nachmittags kam noch ein Trupp von 35 Soldaten aus Nieva, der entgegengesetzten Richtung, aus der die erste Gruppe Soldaten gekommen war. Sie gehörten zur Kompanie B desselben Bataillons. Sie sagten, sie suchten nach Mitgliedern der NPA (New People's Army, bewaffneter Flügel der kommunistischen Partei der Philippinen), die am Zusammenstoß mit der AFP (Armed Forces of the Philippines) in Catanauan, einer anderen entfernten Ortschaft, beteiligt waren. Alle Soldaten blieben über Nacht, einige schliefen in den Häusern der Dorfbewohner. (...) Einige Soldaten benutzten den Teil einer Holzwand als Feuerholz. Sie brachen auch in ein Haus ein, dessen Bewohner nicht da waren, und kochten sich etwas, ohne um Erlaubnis zu fragen.“ (aus: Bericht der „Internationalen Fact Finding Mission“ – Süd-Tagalog)

Die Bundesregierung ist der Überzeugung, daß die philippinischen Entscheidungsträger willens sind, die wesentlichen Ursachen der Unterentwicklung auf der Bondoc-Halbinsel mit angemessenen Mitteln zu beseitigen.

Es ist eine zentrale Aufgabe des Vorhabens, die eingeleiteten Prozesse zu fördern und dafür zu sorgen, daß den unterschiedlichen Interessen soweit als möglich Rechnung getragen wird.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die kommunistische Aufstandsbewegung Maßnahmen, die der Armutsbekämpfung dienen, nicht stört.

6. Sind der Bundesregierung diese und ähnliche Vorfälle psychologischer Kriegsführung und Militarisierung im Projektgebiet bekannt?

Der Bundesregierung ist der Bericht der „Medical Action Group“ bekannt.

7. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Untersuchungskommission, daß die ununterbrochene Präsenz der philippinischen Streitkräfte und der von ihnen unterstützten paramilitärischen Gruppen ein fortwährendes System der Kontrolle und Verfolgung bedeutet und eine Atmosphäre der Angst und Bedrohung schafft?

Die Bundesregierung teilt die Auffassung der „Untersuchungskommission“ in dieser pauschalen Form nicht.

8. Wie bewertet die Bundesregierung die Beobachtung der Internationalen Untersuchungskommission, wonach unterschiedslos und ohne Beweise Menschen, die sich um die Verbesserung der Lebenssituation in ihren Dorfgemeinschaften bemühen, Einschüchterungen und Verfolgungen ausgesetzt sind, und Projekte zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung, zur Verbesserung der medizinischen Gesundheitslage oder der schulischen Ausbildung als subversiv gelten?
(Erklärung der Abschlußkonferenz der Internationalen Untersuchungskommission zum Thema „Medizinische Neutralität und Menschenrechtslage in den Philippinen“ vom 31. Januar bis 9. Februar 1990).

Es ist nicht Aufgabe der Bundesregierung, zu Beobachtungen der „Internationalen Untersuchungskommission“ Stellung zu nehmen.

9. Wie beurteilt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Durchführung des integrierten Entwicklungsvorhabens Bondoc?

Am 19. September 1989 ist das Büro von CEDAR (Center on Ecumenical Development Action und Research), eine Nichtregierungsorganisation, die seit vielen Jahren auf der Halbinsel Bondoc arbeitet, vom Militär durchsucht worden. Dabei sind vier Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verhaftet, sämtliche Unterlagen und technischen Geräte beschlagnahmt worden.

Siehe Beantwortung der Frage 5.

10. Ist der Bundesregierung dieser Vorfall bekannt, und was hat sie ggf. unternommen, die Hintergründe dieser Militäraktion aufzuklären?

Der Vorfall ist der Bundesregierung bekannt. Die vorübergehend festgenommenen Mitarbeiter von CEDAR wurden wieder freigelassen. Das zuständige philippinische Gericht ist damit befaßt, die Hintergründe aufzuklären.

11. Hat die Bundesregierung Schritte unternommen, sich für die Rehabilitierung und Entschädigung von CEDAR und für die Freilassung und den künftigen Schutz der Verhafteten und Mitarbeiter einzusetzen?

Wenn ja, welche?

Siehe Beantwortung der Frage 10.

12. Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die allgegenwärtige Präsenz militärischer und paramilitärischer Einheiten sowie die Überfälle auf Dörfer und Einrichtungen von Nichtregierungsorganisationen die Sicherheit und Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, mit denen auch die Bundesregierung im Rahmen des Bondoc-Entwicklungsvorhabens zusammenzuarbeiten beabsichtigt, gefährdet?

Die Bundesregierung geht davon aus, daß alle Bevölkerungsgruppen das Projekt akzeptieren und die in dem Vorhaben zusammenarbeitenden Institutionen ihre Aufgaben erfüllen können. (Siehe auch Beantwortung der Frage 5).

13. Welche konkreten Schritte unternimmt die Bundesregierung zum Schutz der Bevölkerung, ihrer Projektpartner und -mitarbeiter?

Ende Dezember 1989 beschrieb der Sprecher des Apolonio Mendoza Command der NPA in Süd-Quezon, Ka Rolando, in einem Interview die Strategie der AFP gegenüber der NPA in Süd-Quezon als einen Versuch der „graduellen Einkesselung“. Ein erster Schritt sei der allmähliche Aufbau von Militärcamps entlang des provincial highways ins Landesinnere, 19 Militärcamps seien 1989 in Calaug, Lopez, General Luna, Catanauan, Mulanay, Gumaca, Atimonan und Pitogo errichtet worden. „Sie benutzten die von der Regierung gebaute Straße für rasche Truppenbewegungen“ (Ka Rolando).

Die Bundesregierung beobachtet ständig die Sicherheitslage im Projektgebiet und die weitere Entwicklung der für die Zielerreichung des Projektes entscheidenden Voraussetzungen.

Den philippinischen Partnern ist verdeutlicht worden, daß das Vorhaben nur in einer gewaltfreien Umgebung erfolgreich durchgeführt werden kann.

Der Projektträger wird in mehreren Veranstaltungen mit den verschiedenen Interessengruppen die lokalen Sicherheitsinteressen erörtern, um so einen fortlaufenden Prozeß zur Sicherstellung des notwendigen Freiraums für die Durchführung des Projekts zu etablieren.

14. Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich die NPA angesichts der dargestellten Militärstrategie im Projektgebiet zur Durchführung des Projektes verhalten wird?

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die New People's Army (NPA) ein Projekt zur Armutsbekämpfung nicht stört.

15. Wenn nein, geht die Bundesregierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt von einer Tolerierung des Projektes seitens der NPA aus?

Ja.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333